

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 19

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver
Donnerstag, den 23. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reichskabinett nahm die Berichte der Minister Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer über die Haager Abmachungen entgegen. Man erwartet baldige Überweisung der Materie an Reichsrat und Reichstag.

* Bei der Regierung schweben Erwägungen darüber, ob durch Gesetz eine größere Beimischung von Roggen zum Brot zur Stützung des stark gesunkenen Roggenpreises angeordnet werden soll.

* Die Christlichen Gewerkschaften traten in Berlin in einer scharfen Rundgebung gegen die weitere Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Schichten ein.

* Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist auf 2,05 Millionen gestiegen.

Aufmarsch in London.

Bei der Londoner Marinekonferenz ist vor allem an eins zu denken: Die Waffenrüstung zur See kostet die Mächte, die sie tragen, immer wieder reparieren, modernisieren und im Wettbewerbs mit den anderen vervollständigen müssen, von Jahr zu Jahr wachsende, geradezu grauenhaft hohe Summen. Heutzutage verschlingt der Bau eines Großkampfschiffes weit mehr als das Doppelte dessen, was vor dem Kriege dafür aufgewendet werden mußte — und dabei weiß man nicht einmal, ob so ein Riesenschiff von 35 000 Tonnen auch einen Geschäftswert hat, der den für den Bau aufgewendeten Summen entspricht. Angesichts der raschen Fortschritte, die während des Krieges und hernach die Luft- und namentlich die U-Boot-Waffe gemacht haben, mehren sich die Stimmen, die sich gegen eine Fortsetzung des Baues solcher Großkampfschiffe aussprechen. So will denn die Londoner Konferenz aus sehr verständlichen finanziellen Gründen das „uferlose Wettrennen“ zwischen den Seemächten wenigstens etwas begrenzen, sonst geht ihnen schließlich allen einfach „die Puste aus“.

Natürlich ist für England — wo man längst damit aufhören mußte, die stolze Hymne „Rule, Britannia, rule the waves“, „Herrsche, England, herrsche über die Meere“ zu singen; denn das „war einmal“ — nach den Erfahrungen des Weltkrieges die U-Boot-Frage besonders wichtig. Denn unter den Wogen herrschte schon damals diese Waffe, gefährdete aufs schwerste, was auf den Wogen schwamm. Aber die nicht an erster Stelle stehenden Seemächte sträubten sich gegen den englisch-amerikanischen Vorschlag einer völligen Beseitigung der U-Boote, deren Größe ja jetzt schon angewachsen ist bis zu der eines kleinen Kreuzers und die damit schon längst ihren ursprünglichen Defensivcharakter verloren haben. Ein wirkliches Kraut gegen diese „U-Boot-Pest“, wie man sie während des Weltkrieges in England in verständlicher Wut genannt hat, ist aber bisher immer noch nicht gewachsen. Deswegen und auch wegen der Entwicklung der Luftwaffe würde von dem „insularen“ Charakter Englands im Falle eines Angriffs etwa durch Frankreich wirklich gar nichts mehr übrigbleiben.

Neben dem Streit über die Frage, ob das U-Boot überhaupt „erlaubt“ sein soll oder nicht, wobei die mittleren und kleineren Seemächte natürlich gegen das anglo-amerikanische Übereinkommen Widerstand leisten, geht es weiter um die Größe der U-Boote und um die „Parität“ Japan, Italien, Frankreich — sie alle wollen ebenso viele U-Boote haben dürfen wie England. In der schon so lange hin- und hergedrehten Kreuzerfrage, wo ja auch der Streit um die „Parität“ bzw. das gegenseitige Zahlen- und Tonnenverhältnis eine große Rolle spielt — 1927 scheiterte die letzte Genfer „Seeabrüstungskonferenz“ an diesen Auseinandersetzungen — mag man wohl eher zu einer Einigung kommen, wenn...

Ja, wenn nämlich in diesen marineteknischen Fragen sich nicht die großen machtpolitischen Strömungen und Gegenströmungen so stark hineinmengen würden! Amerika ist z. B. ganz und gar nicht dafür, daß den Japanern eine Verstärkung ihrer Seerüstung an Kreuzern in einem Umfange gestattet werden soll, daß von irgendeinem nennenswerten Übergewicht der entsprechenden amerikanischen Flottenstreitkräfte kaum noch die Rede sein würde. Ähnlich steht es zwischen Italien und Frankreich, die argwöhnisch aufeinander aufpassen, daß ja nicht der andere Staat stärkere Kräfte zwar nicht auf die Meere, wohl aber auf Wasser bringt. Italien ist ja dabei besonders schlecht daran infolge seines Charakters als Halbinsel mit den langgestreckten Küsten; für dieses Land gibt es einfach keine Mittel — wenigstens soweit sie finanziell erschwingbar sind —, um sich gegen den Angriff einer großen Seemacht wirksam zu schützen. Und aus dieser Erkenntnis heraus ist der überraschende, natürlich nirgends ernst genommene italienische Vorschlag einer radikalen Abrüstung der gesamten Seestreitkräfte vom Panzerschiff bis zum U-Boot zu verstehen.

Die Besprechungen zwischen Frankreich und Italien wegen der Londoner Konferenz sind übrigens ebenso gescheitert wie der französische Versuch, England zum Abschluß eines „Mittelmeer-Locarno“ zu veranlassen. Zum mindesten Spanien und Italien sollten mit von der Partie sein. Aber die Londoner Regierung gab zur Antwort, es beständen ja schon so viele kriegsverhindernde Abmachungen zwischen den Völkern, namentlich Kellogg-Pakt und Völkerbundstatut, daß ein neues, dasselbe bezweckendes Abkommen wirklich nicht nötig sei. Ein Gesichtspunkt — den man ja auch Deutschland gegenüber mehr als ein Jahrzehnt lang geltend gemacht hat — ist auch auf der Londoner Konferenz und gegenüber allen dort gemachten oder noch bevorstehenden Vorschlägen maßgebend: Erst Sicherheit, dann Abrüstung. Und Erhaltung einer genügend großen Militär- und Marinemacht zur „etwaigen Crawlauna internationaler Verpflichtungen“.

Bedeutliche Zeichen

Die Finanznot des Reiches.

Der Streit der Parteien.

Das Reichskabinett trat Mittwoch vormittag zusammen, um nach dem Abschluß der Haager Verhandlungen über diese nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstag zu unterbreitende Materie Beschluß zu fassen. Die Delegationsführer im Haag Reichsaußenminister Dr. Curtius und Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erstatteten dem Kabinett ausführlichen Bericht. Darauf brachte Reichszankler Müller den Delegierten den Dank der Regierung für ihre mühevolle Tätigkeit im Haag dar. Man zweifelt im Augenblick nicht daran, daß das Kabinett dem „Neuen Plan“ so, wie er im Haag vereinbart wurde, seine Zustimmung geben wird.

Inzwischen haben die Beratungen der Reichstagsfraktionen über die nunmehr bestehende Lage bereits begonnen. Am Donnerstag beginnt der Reichstag bekanntlich seine Arbeit und will sich zunächst mit dem Bündholzmonopol beschäftigen. Der größte Teil der Parlamentarier ist bereits in Berlin anwesend und es sind allseitig vor dem offiziellen Beginn des Reichstages Fraktionsbesprechungen einberufen, welche die Stimmung in den einzelnen Parteien klären sollen. Mittwochabend beriet der Ältestenausschuß des Reichstages nochmals über das aufzustellende Arbeitsprogramm.

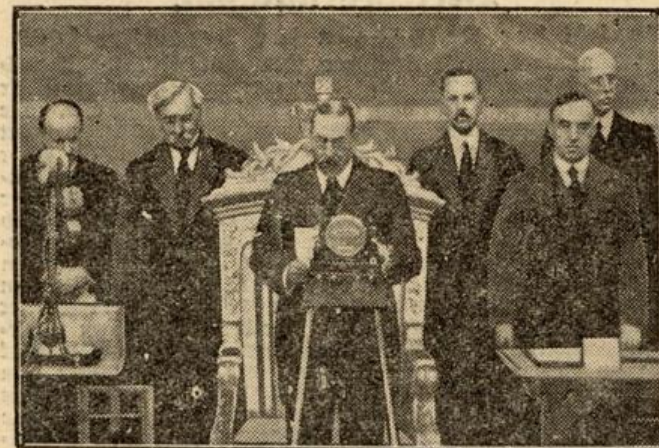
Scharfe Gegensätze.

Man kann nicht darauf hoffen, daß die nächste Zeit zunächst eine Zeit ruhiger parlamentarischer Arbeit sein wird; dafür machen sich die innenpolitischen Gegensätze viel zu stark bemerkbar. Besondere Aufmerksamkeit hat die gemeinsame Tagung der sozialdemokratischen Fraktionsvorstände und des Parteivorstandes mit den Vertretern der freien Gewerkschaften in Berlin gefunden. In dem gefassten Beschluß wird die Notwendigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln verlangt. Dazu sei Voraussetzung Kapitalzufuhr aus dem Auslande, alle inländischen Hemmnisse müßten beseitigt werden.

Demgegenüber mehren sich bei der Deutschen Volkspartei die Stimmen, die auf eine reinliche Auseinandersetzung zwischen dieser Partei und der Sozialdemokratie, die jetzt in der Regierungskoalition gemeinsam wirken, hindrängen. Bei der Volkspartei tritt sichtlich der Unmut über die sozialdemokratischen Forderungen hervor und der volksparteiliche Ortsverein in Halle a. d. S. beschloß soeben, den Vorstand der Partei aufzufordern, genaue Richtlinien über das weitere Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie aufzustellen.

Ferner verlangte die Ortsgruppe Halle genaue Prüfung von der Leitung der Volkspartei, ob es überhaupt fernerhin möglich sein werde, in der Regierungskoalition zu verbleiben, falls die Sozialdemokratie nach wie vor den Ton darin angebe. Auch das für die Deutsche Volkspartei immer noch als führendes Organ geltende Blatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung in Berlin, führt in der

Bei der Eröffnung der Londoner Konferenz hat man es vermieden, hinsichtlich des Endergebnisses allzuviel Optimismus zu zeigen. Veranlassung für diese Zurückhaltung ist genügend vorhanden.



Die Eröffnung der Flottenabrüstungskonferenz in London durch König Georg von England, dessen vor dem Mikrophon gehaltenes Rede an hundert Millionen Rundzuhörer weitergeleitet wurde. Rechts neben dem König der englische Außenminister Henderson, links hinter dem Thronfessel Ministerpräsident Macdonald.

Flottenkonferenz unter Ausschluß der Presse.

Wie aus London gemeldet wird, ist in letzter Minute entschieden worden, für die Sitzungen der Flottenkonferenz im St. James-Palast die Presse nicht zuzulassen. Als Grund für die Entscheidung, die auf amerikanischer Seite angesichts der Entsendung so zahlreicher Sonderberichterstatter größte Überraschung und Bestürzung hervorgerufen hat, wird der ungenügende Raum des Sitzungs-saales angegeben. Mit heftigen Angriffen und Gegenüberstellung dieser Methode mit der Öffentlichkeit der Genfer Verhandlungen ist auf amerikanischer Seite zu rechnen.

Polemik gegen die Sozialdemokratie in der letzten Zeit eine recht scharfe Klinge und betont, nicht das Vorgehen im Auslande, nicht die Erweiterung der Fürsorge könne aus der Finanznot des Reiches und der allgemeinen politischen Verworrenheit herausführen.

Ein gewisses Ausmaß von Auslandsanleihen sei vielleicht notwendig. Die von der Sozialdemokratie verlangte Übersteigerung des Quantum für die öffentliche Hand könne auf keinen Fall gebilligt werden. Das würde eine Bedrohung des Staates bedeuten. Die Ergebnisse der Haager Konferenz blieben an und für sich unbefriedigend. Strengste Sparsamkeit, eine solide Staatsaufstellung, Stärkung des Inlandskapitals und Beschränkung der immer noch wachsenden Ausgaben für unproduktive Zwecke seien Aufgaben des Tages.

Schluß mit der finanziellen Mißwirtschaft. Schluß mit der ständigen Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie, heraus mit der Ausgabenreform! fordert die D. A. Z.

Wie unter diesen hitzigen Ansichtsäußerungen eine Vereinigung der Parteien zur Erhaltung der jetzt herrschenden Regierungskoalition herbeigeführt werden soll, bleibt vorläufig im unklaren. Bemerkenswert ist auch die Stellungnahme einer Versammlung der Christlichen Gewerkschaften in Berlin, die sich soeben scharf gegen die in vielen Kommunen eingeriffene Mißwirtschaft unbegrenzter Ausgaben wandte, und mit deutlichen Seitenhieben gegen die Sozialdemokratie deren Machtstellung dafür verantwortlich machte. Auch hier wurde in erster Linie Einschränkung und strenge Sparsamkeit verlangt.

Die Arbeitslosen.

Unter diesen Umständen stimmt besonders bedenklich die in den letzten Wochen wieder sehr ungünstig sich darstellende Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Das Reich muß bei der steigenden Ziffer der Erwerbslosen weitere 255 Millionen über den Etatsanfang hinaus dafür ausgeben. Bis zum 1. April des laufenden Jahres werden die Darlehen an die Reichsanstalt auf ungefähr 550 Millionen Mark gestiegen sein. Für das kommende Etatsjahr 1930 rechnet man bereits trotz der Beitragserhöhung, die bis zum 1. Juni begrenzt ist, mit einem erschreckend hohen Defizit, und zwar mit einer Summe von 321 Millionen.

Man schätzt die durchschnittliche Zahl der Fürsorgebedürftigen resp. Arbeitslosen jetzt nicht mehr mit 1,1 Millionen im Jahr, sondern mit 1,2 Millionen. Bei den offensichtlich zwischen den großen Parteien bestehenden Verschiedenheiten der Weltanschauung erscheint es immerhin fraglich, ob sie auch diesen zu allem anderen tretenden Stein des Anstoßes gemeinsam überwinden können oder ob schließlich die Meinungsverschiedenheiten sich bis zu einem Bruche zuspitzen, der das Ende der Beziehungen bedeutete und logischerweise eine Regierungskrise herbeiführen müßte.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Schurman an den Reichspräsidenten.

Der scheidende bisherige amerikanische Botschafter in Berlin, Jakob Gould Schurman, hat an den Reichspräsidenten von Bord des Dampfers „George Washington“ nachstehendes Telegramm gerichtet: „Beim Verlassen der deutschen Gewässer ist es mir ein Herzensbedürfnis, meine große Hochachtung und Verehrung für Eure Excellenz nochmals zum Ausdruck zu bringen sowie die dankbare Anerkennung, mit der ich des besonderen Vertrauens und der Freundlichkeit stets gedenken werde, die mir während der letzten fünf Jahre entgegengebracht wurden seitens Eurer Excellenz und der Reichsregierung sowohl als auch des deutschen Volkes, das ich seit fünf Jahrzehnten kenne und bewundere und dem ich beim Abschied aufs herzlichste Wohlergehen, Glück und alles Gute wünsche.“

Christliche Gewerkschaften gegen Verteuerung der Lebenshaltung.

Die Christlichen Gewerkschaften Groß-Berlins beschäftigten sich in einer Rundgebung mit der Verteuerung der Lebenshaltung in Berlin. In einer scharfen Entschliebung wurde gegen die vorgegebenen Preiserhöhungen Stellung genommen, die die Lebenshaltung derart erschweren, daß die ohnehin schon ungenügenden gesicherten Existenz der Arbeiter noch weiter untergraben werde. Die Verteuerung sei deshalb unerträglich, weil die jetzigen Einkommen der Arbeitnehmer zu einem sehr großen Teil durch Tarifverträge auf lange Zeit festgelegt seien. Zum Schluß werden in der Entschliebung alle Gleichgesinnten aufgefordert, sich mit allem Nachdruck gegen die bisherige volksschädigende Kommunalpolitik zu wenden.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing Mittwoch den Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Graf Gräbina. Berlin. In der Straffache gegen Fahlbusch und Genossen hat die Strafkammer des Landgerichts III die Anträge der Angeklagten Schulz und Fahlbusch auf Einstellung des Verfahrens zurückgewiesen.

Wien. Der Verfassungsgerichtshof hat das Gesetz über die Nahrungs- und Genussmittellage als gesetzwidrig aufgehoben. Die Aufhebung tritt am 1. Januar 1931 in Kraft.

England und die Seeabrüstung.

Die Londoner Konferenz im Spiegel der englischen Presse.

"Times" sagt in einem Leitartikel zu der Londoner Konferenz: Indem die Konferenz sich damit beschäftigt wird, Schiffsgrößen, Geschützkaliber, Besatzungsstärken und Häfen miteinander zu vergleichen, wird sie tatsächlich den Wert beurteilen und abwägen, den die politischen Elemente der Sicherheit auf dem Weltmarkt haben. Mit anderen Worten: es wird um die Frage gehen,

was die Demokratie gilt

und welches Gewicht und welchen Wert die öffentliche Meinung im Jahre 1930 hat.

"Morning Post", die der Meinung Ausdruck gibt, daß die Konferenz von der Mehrheit der Engländer mit gemischten Gefühlen begrüßt wird, führt aus: Für eine Verminderung unserer Kreuzerflotte von 70 auf 50 Fahrzeuge sind bisher keine überzeugenden Gründe angeführt worden. Es wäre denkbar, daß im gleichen Augenblick Schwierigkeiten in der Levante, im Roten Meer, im Persischen Golf, im Indischen Ozean und in den chinesischen Meeren entstehen. Um mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, müßte unsere Kreuzerflotte nicht vom Mittelmeer bis nach Hongkong verteilt werden. Angesichts solcher Erfahrungen und solcher Verpflichtungen erscheint es uns im höchsten Grade als gefährlich, eine derartige Herabsetzung unserer Seestreitkräfte vorzunehmen. Der Politiker braucht alle Arten schönfärbender Phrasen, um die geplante Kapitulation zu begründen, und der heilige Name des Friedens wird besonders mißbraucht, aber

Bernachlässigung der nationalen Sicherheit

hat in der Vergangenheit niemals den Frieden gesichert und wird es auch in Zukunft niemals tun.

"Daily Chronicle" sagt: Die Londoner Konferenz wird nicht nur Erörterungen über Schlachtschiffe, Kreuzer, Zerstörer oder U-Boote, die eine oder die andere Macht haben soll, zum Gegenstand haben. Sie wird den Beweis dafür erbringen, wie weit die fünf führenden Seemächte, die auf dem Papier gemeinschaftlich den Krieg geächtet haben, ihn auch ehrlich in ihrem eigenen Herzen ächten.

Im "Daily Express" heißt es: Wenn alle Mächte bereit sind, für den Frieden die gleichen Opfer zu bringen, wie es Großbritannien bereits getan hat, dann ist der Erfolg dieser historischen Versammlung gesichert.

"Daily Mail" erklärt: Sowjetrußland ist zu Lande bis an die Zähne bewaffnet und hat eine Kriegsflotte, die gegenwärtig zwar nur auf dem Papier steht, aber eines Tages gefährlich werden kann. Bei keinem Abrüstungsplan dürfen Vorsichtsmaßnahmen gegenüber dem russischen Faktor übersehen werden.

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" beschäftigt sich mit den englischen Äußerungen, in denen, wie bekannt, das Thema der

völligen Abschaffung der Schlachtschiffe

zum erstenmal, wenn auch in unbestimmter Form, offiziell angesprochen worden ist. Da die Kreuzer zur Unterstützung der Schlachtschiffe bestimmt seien, hätten, so berichtet wenigstens der "Daily Telegraph", einige Minister geglaubt, einen Ausweg darin zu erblicken, wenn man die Schlachtschiffe flotten ganz abschaffe, um damit die geplante Verminderung der Kreuzerflotte um 20 Fahrzeuge zu rechtfertigen. Dies sei das Motiv gewesen, das MacDonald veranlaßt habe, die Abschaffung der Linienchiffe in die öffentliche Debatte zu werfen.

Täglich 20 000 Pfändungen.

Die heikle Intervention.

Kürzlich wurde in einer Statistik bekanntgegeben, in Deutschland kämen täglich ungefähr 20 000 Pfändungen vor. Im vorigen Jahre waren es "nur" 13 000 Stück. Man ersieht daraus, welche Fortschritte der Vermögensverfall Deutschlands gemacht hat.

Für den Geschäftsmann, der endlich im Prozeßwege ein vollstreckbares Urteil gegen seinen Schuldner erlangt hat, ist die Pfändung, so schreibt Dr. Röder in der Handwerkszeitung, ein recht heisses Thema. Denn gerade heute kommt es häufig vor, daß ein "Dritter" der Pfändung widerspricht und den Gläubiger auffordert, die Pfändung binnen drei Tagen freizugeben. Das geschieht vielfach kurz vor dem Versteigerungstermin der gepfändeten Sachen. Wenn nicht, dann wird die sofortige Intervention sogleich angedroht.

Der Gläubiger weiß, daß mit dergleichen Aufforderungen häufig Schwindele getrieben wird. Denn der Schuldner sucht im letzten Augenblick nach einem Hintertürchen, um seiner Verpflichtung zu entkommen, d. h. er sucht sich einen Strohmann aus, welcher die befragte Behauptung macht, damit der erschreckte Gläubiger freigibt. Aber es kommen doch auch ernste, d. h. wahrheitsgemäße Aufforderungen vor. Zwei dieser Arten soll es daher sein, für den Gläubiger Licht in die verworrene Materie zu bringen, damit er in vorliegenden Fällen weiß, was er zu tun hat, und nicht noch obendrein auf einen kostspieligen Interventionsprozeß hineinfällt.

Wenn das fremde Recht am Eigentum der Pfandsache nicht klar zu erkennen ist, kann der Gläubiger es ruhig auf einen Prozeß antommen lassen, d. h. also, er gibt nicht frei. Der Interventient hat die Verpflichtung, sein Eigentumsrecht überzeugend nachzuweisen. Denn dem Gläubiger muß unter allen Umständen Gelegenheit gegeben werden, die Rechtmäßigkeit der Interventionsansprüche zu prüfen, insbesondere auch nach der Richtung hin, ob der Dritte seine Ansprüche nicht etwa auf ansehbare, simulierte Rechtsgeschäfte stützt.

Sind demnach die Ansprüche des Interventienten nicht klar bei dessen Reklamation erwiesen und geschieht das erst im Interventionsprozeß, so tut der Gläubiger gut, diese sofort anzuerkennen. Denn ein sofortiges Anerkenntnis befreit nach § 93 der Zivilprozeßordnung den Beklagten von den Kosten des Rechtsstreites, da er ja durch sein Verhalten zur Erhebung der Klage nicht die Veranlassung gab. Das Landgericht Berlin II hat diesen Fall in rechtlicher Hinsicht sehr überzeugend geklärt. Es heißt in den Entscheidungsgründen, daß ein sofortiges Anerkenntnis ein solches ist, das in dem Augenblick erfolgt, nach dem der Klageanspruch glaubhaft gemacht wurde. Das ist zu verstehen, wenn der Gläubiger erst nach der stattgehabten Beweisaufnahme die Überzeugung erhält, daß eine ausreichende Glaubhaftmachung für das Eigentum des Interventienten vorliegt.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der die Zwangsvollstreckung betreibende Gläubiger, der freigibt, unter allen Umständen auch die Verpflichtung hat, den Interventienten zu benachrichtigen, daß er freigegeben habe. Denn eine Verpflichtung des Gerichtsvollziehers, dem Interventienten die Freigabe mitzuteilen, ist in der Geschäftsordnung für die Gerichtsvollzieher nicht vorgesehen. Der Gerichtsvollzieher hat nur die "Parteien" zu benachrichtigen, und der einer Pfändung Widersprechende ist nicht als Partei im Zwangsvollstreckungsverfahren anzusehen.

Häufig kommt es vor, daß der Schuldner ein Haus besitzt. Da bietet sich die Möglichkeit, nach fruchtloser Mobiliarpfändung die Befriedigung im Grundbesitz zu suchen, indem man beim Gericht einen Antrag auf Zwangsversteigerung des Grundstücks stellt. Es empfiehlt sich aber vor einem solchen Antrage, sich über die Be-

lastungsverhältnisse des Grundstücks zu erkundigen, damit man durch ein solches Verfahren, wenn das Grundstück ganz erheblich überlastet ist, nicht Nachteile erleidet.

30000 deutsche Arbeiter in Frankreich.

Und 640 Studenten.

Die Internationale Zeitschrift für Arbeitsfragen veröffentlicht eine Statistik über die in Frankreich berufstätigen Deutschen. Danach betrug die deutsche Kolonie in Paris vor dem Kriege 80 000 Mitglieder; nach dem Kriege sind Tausende von Deutschen wieder nach Paris zurückgekehrt. Mehr als 14 000 Deutsche sollen in der Gegend von Paris als Arbeiter tätig sein; hierzu kämen noch 500 seit einem Jahre in der Gegend von Castellane beschäftigte deutsche Arbeiter sowie 13 000 Bergarbeiter und 3150 Metallarbeiter in Lothringen, also im ganzen 30 000 deutsche Arbeiter in Frankreich. Im Laufe des Jahres 1929 sollen 640 deutsche Studenten die Universitäten Frankreichs besucht haben, davon ein Drittel die rechtswissenschaftliche Fakultät; am wenigsten stark war von deutschen Studenten die medizinische Fakultät besucht.

Der polnische Bogen.

Ein Ausschnitt aus der ostpreussischen Agrarkrise.

Die Unterlegenheit des marktschwächeren Landwirts gegenüber dem Käufer ist im allgemeinen auf zwei Tatsachen zurückzuführen: erstens auf die durch die Zollgesetzgebung normierte Auslandskonkurrenz, zweitens auf den Zwang des Landwirts zum Verkauf, verursacht durch Zinsgeldnot. In folgendem soll als Beispiel der beginnenden Zusammenbruch der besonders marktschwachen Landwirtschaft Ostpommerns gestreift werden, bei der sich noch ein drittes Moment geltend macht: die Entfernung vom Markt. In erster Linie ist Ostpommern Ausfuhrgebiet für Kartoffeln und Roggen. Obwohl die Viehzucht zurzeit noch ziemlich im Hintergrund steht, zeigen betriebstechnische Ermittlungen, daß wesentliche Voraussetzungen für eine Hebung der Viehproduktion vorhanden sind. Eine Erhöhung der Einfuhr polnischer Produkte, insbesondere eine unbeschränkte Einfuhr von Kartoffeln und Schweinen, dürfte tatsächlich das Ende der ostpommerschen Landwirtschaft bedeuten.

In einer geradezu erschütternden Weise tritt in Ostpommern die als "Leibeigenschaft" des Landwirts gegenüber dem Kreditgeber bezeichnete Zinsgeldnot zutage. Bereits im Wirtschaftsjahr 1926/27 arbeiteten nach amtlicher Feststellung 61,3 Prozent aller Betriebe Ostpommerns mit Verlust.

Erschreckende Zahlen weist das Material der Landwirtschaftskammer und der Finanzämter auf. Die Wiedererhebung der Zahl der zahlungsunfähigen noch nicht erfassten Betriebe des Jahres 1929/30 alles vorher Dagewesene in den Schatten stellt. Die Verschuldung ist nicht nur in den Großbetrieben vorhanden, sondern ergreift in gleicher Weise die Mittel- und Kleinbetriebe. Gerade die zunehmende Verschuldung der Kleinbetriebe ist infolgedessen besonders bedenklich, als sich hier auf der anderen Seite das Verelendungsmoment nach allgemeiner Erwartung hätte länger auswirken müssen. Die Lebensführung, die bekanntlich im Kleingrundbesitz eine wesentliche Rolle spielt, ist in Ostpommern auf ein bevölkerungspolitisch höchst gefährliches Maß herabgegangen. Zur Deckung der Zinslast für eine Gesamtverschuldung der ostpommerschen Landwirtschaft von mindestens 600 Mark auf den Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ist der Landwirt gezwungen, seine Produkte unter allen Umständen auf den Markt zu werfen. Und jedes Jahr ereignete sich bisher dasselbe: war der Landwirt ausverkauft, dann erst begann die Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte.

Für den Absatz der ostpommerschen Landwirtschaft ist der Berliner Markt ausschlaggebend. Bei der großen Entfernung vom Markt liegen die Preise daher entsprechend unter den Marktpreisen. Wenn allerdings die Möglichkeit einer Ausfuhr ins Ausland auf dem Seewege besteht, können sich die Preise dem Stettiner Markt nähern. Für den Absatz der Kartoffelproduktion spielt sogar Westdeutschland und Sachsen eine Rolle. Die Entfernung von Lauenburg beträgt nach Berlin 424 Kilometer, Magdeburg 622 Kilometer, Halle und Leipzig 597 Kilometer und Köln 977 Kilometer. Die nach dem Zusammenbruch eingeführten Staffeltarife sind für Ostpommern nicht entfernt ausreichend. Hinzu kommen die Nachfrachten, die für Getreide von 35 bis 75 Kilometer um 172—187 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Die jetzt gültigen Ausnahmetarife bedeuten keine Hilfe, da sie sich erst auf etwa 130 Kilometer auszuwirken beginnen.

Im Gegensatz zu den schlechten Verkehrsbeziehungen Ostpommerns befindet sich die begünstigte Lage der weit nach Westen vorspringenden Republik Polen. Die eben genannte Entfernung Berlin—Lauenburg übersteigt die 180 Kilometer betragende Entfernung Berlin—Danzig um 244 Kilometer. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß aus dem einstigen russischen Bogen ein größerer und gefährlicherer polnischer Bogen geworden ist.

Unabhängig von der Gesamtlösung der deutschen Agrarkrise, ja sogar unabhängig vom Ostprogramm der Reichsregierung und noch vor dessen praktischer Durchführung müssen Hilfsmaßnahmen für das bedrohte Ostpommern ergriffen werden. Staatliche Unterstützung der teilweise vorbildlichen Selbsthilfemaßnahmen und umgehende Anpassung der Reichsbahnpreise an die Bedürfnisse der ostpommerschen Landwirtschaft sind Forderungen, deren Erfüllung freilich nur eine Zwischenlösung darstellt. Aber mangels eines Besseren wird man angesichts der auf dem Spiele stehenden nationalpolitischen Werte vorläufig eine solche Zwischenlösung mit allen Mitteln erstreben müssen.

"Seefahrer" Polen.

Was er in Pommern will.

Im Zusammenhang mit der zehnjährigen polnischen Herrschaft über Pommern schreibt das Regierungsblatt "Kurjer Gdrowski", daß man diese zehn Jahre in drei Abschnitte einteilen könne. Der erste kurze Abschnitt sei die Zeit des sentimentalen Enthusiasmus, der geräuschvollen Parole und großen Pläne gewesen. Der zweite Abschnitt sei dagegen nach dem Verlöbten des ersten Strohheuers durch Tatenlosigkeit an der wieder gewonnenen Ostsee charakterisiert worden. Es hätten sich im Innern des Landes Stimmen erhoben, die behaupteten, daß die Polen die Schifffahrt längst verlernt und überhaupt niemals ein Seefahrer des Volls gewesen seien. Im Widerstreit der Parteien sei das Meer fast verwaist worden und in den Hintergrün-

getreten. In jenen Tagen sei Pommern in der Revanchepropaganda des feindlichen Nachbarn immer deutlicher zum Opfer gefallen. Im zuständigen Ministerium sei sogar die Rede davon gewesen, das polnische Seepartement zu liquidieren. Mit dem Sturm habe der dritte Abschnitt begonnen, in dem die polnische Küste zu neuem Leben erwacht sei. Aus dem Uferland sei das stolze Gdingen emporgewachsen, über dessen Aufblühen ganz Europa in Erstaunen (!?) gerate. Der neue Hafen nehme bereits die vierte Stelle an der Ostsee ein, doch sei das Werk noch nicht vollendet.

Täglich für 10 Millionen Mark Milch.

Milchwirtschaft in Zahlen.

Milch und Milchwirtschaft sind heute Probleme geworden, die weit über den Rahmen landwirtschaftlicher oder molleertechnischer Fragen hinausgehen. Nicht nur, daß die mit Milch täglich umgesetzten Geldwerte zu den bedeutendsten Faktoren unseres Wirtschaftslebens gehören, sondern auch der tägliche Bedarf an Milch und Milchprodukten für alle Bevölkerungsschichten und Kreise gibt allen Fragen der Milchwirtschaft besondere Bedeutung.

In Deutschland gibt es gegenwärtig zehn Millionen Milchkuhe. Der Versailleser Vertrag forderte von uns die unmittelbare Abgabe von 175 065 unserer besten Milchkuhe. Die Viehbestände verringerten sich während des Krieges auf etwa 70 Prozent des Vorkriegsbestandes. Heute hat die Zahl der Milchkuhe mit etwa zehn Millionen Stück die Höhe der Vorkriegszeit bereits überschritten.

Der Durchschnittsmilchertrag je Kuh und Jahr wurde im Jahre 1913 auf etwa 2200 Liter geschätzt. Sachverständige beziffern den Ertrag vom Jahre 1925 schon wieder auf 1800 Liter und gegenwärtig auf etwa 2100 bis 2200 Liter. Die in den deutschen Milchkontrollvereinen einer regelmäßigen Leistungskontrolle unterstehenden Kühe haben demgegenüber wesentlich höhere Milcherträge; im Durchschnitt zurzeit rund 3500 Liter. Am 1. Januar 1928 umfaßte das Milchkontrollvereinswesen in Preußen 13,7 Prozent des Gesamtkuhbestandes.

Zehn Millionen Milchkuhe ergeben bei einem Durchschnittsertrag von nur fünf Kilogramm täglich 50 Millionen Kilogramm Milch im Werte von rund zehn Millionen Mark am Tage. Das bedeutet für das Jahr einen Gesamtwert der Milcherzeugung von 3,6 Milliarden Mark. Der Wert der deutschen Fleischherzeugung wird auf 2,5 Milliarden Mark, der Getreideherzeugung auf etwa 2,3 Milliarden Mark, der Rohleisenerzeugung auf etwa 1 Milliarde Mark, der Rohleisenerzeugung auf etwa 2,3 Milliarden Mark Jahresproduktionswert geschätzt. Aus diesen Vergleichszahlen ergibt sich die überragende volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Milchwirtschaft.

Für die Landwirtschaft ist die Milch allein schon deshalb besonders wichtig, weil ihr Wert etwa 25 Prozent des Gesamtwertes der deutschen Agrarerzeugung ausmacht.

Der überwiegende Teil aller Kleinbetriebe hat sich im wesentlichen auf die Milchproduktion eingestellt, wie überhaupt die Tendenz der Milcherzeugung in den kleinsten Betrieben relativ am stärksten ist. Annähernd zwei Drittel des Gesamtindviehbestandes werden in Betrieben unter 20 Hektar gehalten.

Gemäß der amtlichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 waren 12 661 Molleereien, in denen 46 916 Angestellte beschäftigt wurden, vorhanden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß Deutschland eine sehr starke Einfuhr an ausländischen Molleereiprodukten aufzuweisen hat.

Der Wert des Gesamteinfuhrüberschusses an Milch und Milcherzeugnissen beläuft sich 1928 auf 549 995 000 Mark. Die Haupteinfuhrländer für Deutschland sind für Milch die Schweiz, für Butter Dänemark, die Niederlande und Lettland, für Hartkäse die Niederlande, die Schweiz und Dänemark und für Weichkäse Finnland, Tschechoslowakei und Frankreich.

Trinkmilchverbrauch ist in Deutschland pro Tag und Kopf der Bevölkerung geringer als im Ausland. Der tägliche Durchschnittsverbrauch stellt sich auf 0,26 bis 0,27 Liter, während der Milchverbrauch z. B. in Kopenhagen 0,40, Stockholm 0,58, Basel 0,72 und Antwerpen 0,75 Liter beträgt. In amerikanischen Städten steigt der Milchverbrauch bis zu einem Liter und darüber.

64 Prozent des Fettbedarfs und 17 Prozent des Eiweißbedarfs der Bevölkerung werden in Deutschland durch Milch gedeckt. Von 100 Wärmeeinheiten in der Nahrung werden rund 15 Prozent durch Fleisch und rund 14 Prozent durch Milch und Milchprodukte gedeckt.

Schweineschlachten nach Schema.

Einheitliche Ausschachtung in Deutschland.

Auf Veranlassung und mit Unterstützung des preussischen Landwirtschaftsministeriums finden seit mehreren Jahren in der Versuchswirtschaft für Schweinehaltung, -fütterung und -zucht in Ruhlsdorf, der preussischen Versuchsanstalt für Tierzucht in Eschewitz und auf dem Versuchsgut Friedland bei Göttingen erste Ausschachtungsbefugnisse bei Schweinen statt.

Vor kurzem waren die Leiter der drei genannten Stellen, Vertreter mehrerer Landwirtschaftskammern und des Reichsverbandes der deutschen Fleischwarenindustrie unter Vorsitz des Fachreferenten im preussischen Landwirtschaftsministerium in Göttingen zu einer Besprechung zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Schema, das fortan bei sämtlichen Ausschachtungsbefugnissen zugrunde gelegt werden soll, vereinbart. Als erfreulich kann es gelten, daß auch die Vertreter der Länder Bayern, Württemberg und Hessen diesem Vorschlag zustimmten, so daß fortan die Ausschachtung in Deutschland nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt.

Die bislang gezeigten Ergebnisse sind bereits außerordentlich wertvoll, reichen aber noch nicht aus, um bestimmte Schlussfolgerungen zu ziehen. In einiger Zeit wird wieder eine gemeinsame Besprechung der beteiligten Kreise seitens des preussischen Landwirtschaftsministeriums veranlaßt werden.

Kongresse und Versammlungen

k. Kundgebung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks. Die aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Reichsverbandes des deutschen Handwerks bereits seit längerem vorgesehene Kundgebung soll nunmehr am 18. und 19. Februar d. J. in Berlin stattfinden. Die Tagung wird eingeleitet mit einer Sitzung des Großen Ausschusses des Reichsverbandes, an die sich eine geschlossene Mitgliederversammlung anschließt. Die öffentliche Kundgebung des Reichsverbandes ist für den 19. Februar vorgesehen.

Polizei, wobei auf beiden Seiten Schüsse fielen. Eine Person wurde getötet und fünf, darunter drei Kommunisten, verletzt. Ein weiterer Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei wird aus dem offiziellen Ort Lubeca Krelawka gemeldet. Eine Polizeistreife wurde von kommunistischen Demonstranten angegriffen. Auch dort wurde ein Kommunist, der einen Polizisten mit dem Messer bedroht hatte, niedergeschossen. Weitere kommunistische Kundgebungen werden aus den kongreßpolnischen Orten Sosnowitz und Zduńska Wola gemeldet.

Um das Eigentum der Heilsarmee.
Higgins hat den Prozeß gewonnen.
Der in der Nachlasssache des Heilsarmeegenerals Bramwell Booth zuständige englische Richter hat nach einer Londoner Meldung die Testamentsvollstrecker aufgefordert, dem neuen General Higgins das Eigentum der Heilsarmee im Werte von mehreren Millionen Pfund Sterling zu übergeben. Hierzu gehören auch Kapellen, Heime und andere Gebäude. Bekanntlich hatten sich die Testamentsvollstrecker geweigert, das seinerzeit von Booth verwaltete Eigentum der Heilsarmee dem jetzigen Führer Higgins herauszugeben.

Gerichtsverhandlung mit Hindernissen.
Tumult im Breslauer Schöffengericht.
Das Große Schöffengericht in Breslau verhandelte gegen Mitglieder der kommunistischen Partei, die wegen schweren Aufruhrs angeklagt waren. Gleich nach Beginn des Prozesses kam es zu Tumulten. Es hatten sich annähernd 200 Anhänger als Zuhörer eingefunden. Das Gericht beschloß hierauf, die Sitzung aus dem Schöffengerichtssaal in den kleinen Straßammeraal zu verlegen. Da die Angeklagten sich widerlegten, beschloß das Gericht, Zwangsverführung zu veranlassen. Als Zeugen geladene Schutzpolizisten brachten die Angeklagten in den kleinen Straßammeraal.
Unterdessen hatte sich auch die Erregung des Publikums gesteigert. Neue Menschenmassen versuchten, ins Gerichtsgebäude einzudringen, so daß schließlich Polizei die Straßen säuberte und das Gerichtsgebäude abriegelte.
In der Verhandlung wurden zwei Angeklagte wegen schweren Aufruhrs und Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Lokales und aus der Nachbarschaft.
Salver, den 23. Januar 1930.
Die Tage werden länger.

Mit jedem Morgen, der jetzt wird, rücken wir dem Frühling ein Stückchen näher. Das ist natürlich eine ganz banale Feststellung, denn wir kommen ja auch schon im November und Dezember immer näher an den Frühling heran. Aber das ist denn doch etwas anderes. Es wird niemand einfallen, bei Beginn des Winters jubelnd auszurufen: „Nun ist bald der Lenz fällig!“, aber jetzt, wo der Januar zur Reize geht, kann man solches ganz gut wagen, ohne sich vor den Mitmenschen lächerlich zu machen. Zumal in einem Januar, der bis dato weder Eis noch Schnee gebracht hat, wenigstens nicht in so ausreichendem Maße und so durchgängig und allenthalben, daß man darüber viele Worte zu verlieren hätte. Aber selbst, wenn nunmehr eine dicke glatte Eisschicht und ein ellenhoher Schneebalg auf den Straßen und in der übrigen Natur läge — die ganz bestimmte Hoffnung auf den anrückenden Lenz würde darum in uns auch nicht um einen Deut geringer werden. Was uns so sicher macht? Aber merkt ihr denn nicht, daß die Tage von Tag zu Tag wieder länger werden, zwar immer nur ein bißchen, aber doch schon reichlich genug, um uns auf Frühlingsstimmung vorzubereiten? Wieviel Minuten es täglich sind und mit welcher mathematisch oder astronomisch zu errechnenden Geschwindigkeit wir alle vierundzwanzig Stunden vorwärtskommen, das wissen wir momentan nicht, weil wir den Kalender verlegt haben, aber es ist doch so, daß man, wenn man jetzt morgens plötzlich aufwacht, sich zu sagen pflegt: „Sieh mal an, es ist ja schon Tag und es muß wohl reichlich spät sein!“ Und dann ist es gar nicht so reichlich spät, sondern noch ziemlich früh, aber der Tag hat eben, was man in der Schlaftrunkenheit vergessen hat, schon merklich früher angefangen, ein bißchen grau noch und verschwommen, aber immerhin schon als richtige Tageshelle, die durch die roten und gelben Vorhänge des Schlafzimmers dringt. Und wie am Morgen, so ist auch in der Abendzeit: auch da ist ein zipfelchen Tag angehängt, und immer länger wird das Zipfelchen, was man daran erkennt, daß die Straßenlaternen später angezündet werden und man sich „Guten Tag!“ sagt zu einer Stunde, in der man vor acht Tagen noch sich „Guten Abend!“ zu sagen pflegte. Also rund heraus gesagt: der Frühling ist in Sicht, und selbst wenn wir in den kommenden Wochen noch ganz scharf den Nachschlaf sollten heizen müssen — an der Sache würde das nichts ändern, weil die Tage dann noch rapider länger werden werden!

—* Auf die Bekanntmachung der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen betr. Neuwahlen der Kammermitglieder seien die Interessenten noch besonders aufmerksam gemacht.

Salver
—[Unglücksfall. Am gestrigen Nachmittag wurde ein Knecht von dem Holzfuhrunternehmer Schürmann in der Nähe der Turmhalle an der Carlshöhe von einem Motorradfahrer angefahren, durch den Sturz erlitt der Knecht derart schlimme Verletzungen, daß eine Überführung ins heimatische Krankenhaus in Destrück notwendig erschien. Die hiesige Sanitätskolonne legte dem Bedauernswerten die ersten Verbände an und sorgte für die Überführung ins Krankenhaus.

—& Auf der in Lüdenscheld stattgefundenen Kreisverbands-Geflügelausstellung hatten vom hiesigen Geflügelzuchtverein 17 Züchter 114 Nummern ausgestellt. Nachstehende Züchter erhielten Auszeichnungen: Alfred Brünninghaus, Otto Cramer-Streitfuß, Johann Eshardt, Carl Eider-Altemühle, Albert Faust, Alfred Gühring, Heinrich Herpel-Dedinghausen, Wilh. Kind, Adolf Kleinjung, Fritz Löwen, Werner Lüfelin, Alfred Meisenhölzer, Wilh. Scharmann, Otto Schönenberg, Wilh. Speckenbach-Hefendahl, Carl Vorman-M. Wahlefeld und Gust. Weber-Halver. Der Verein Halver errang den vom dem Ehrengewinnverein gestifteten Wanderpreis für beste Gesamtleistung in diesem Jahre zum 2. Male.

—& Die für die jetzige Jahreszeit ungewöhnlich milde Witterung weckt das Leben in der Natur vorzeitig. So wurden uns Weidenkätzchen schon vor mehreren Tagen gezeigt. Auch die Tierwelt wird davon ergriffen. Gestern wurde auf dem hiesigen Friedhofe ein Schmetterling, der Trauermantel (Vanessa antiopa) eingefangen. Doch bedeuten diese Erscheinungen an der Pflanzen- und Tierwelt noch nicht das Erwachen und die Einkehr des Frühlings; der Winter wird sich sicherlich noch bemerkbar machen, trotzdem die Tage schon immer merklich länger werden.

—& Kreis, 22. Jan. Die Nachbarschaft Kreis und Umgegend hielt am 18. d. M. ihre Jahreshauptversammlung ab. Trotz der zahlreichen Mitglieder, ist der Besuch der Versammlungen ein mäßiger. Man muß zu der Auffassung kommen, daß die Mitglieder mit der bisherigen Führung der Nachbarschaft einverstanden sind bezw.

dem Vorstand volles Vertrauen entgegenbringen. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden R. Höngen eröffnet und geleitet. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder wurde wie üblich geehrt. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß im vergangenen Jahre in 5 Fällen die jagungsgemäße Leistung gezahlt wurde. Seit Bestehen der Nachbarschaft — September 1922 — insgesamt in 65 Fällen.) Die Mitgliederzahl betrug am 1. 1. 1930 500 und 141 Kinder. Bei den Kindern ist immer wieder festzustellen, daß Kinder (Geburten) beim Kassierer nicht angemeldet werden. Im Interesse der Mitglieder wird empfohlen, bei Unterlassung, dieses nachzuholen. Die Jahresrechnung wurde von 2 Mitgliedern geprüft und in Ordnung befunden. Das vergangene Geschäftsjahr schließt mit einem ansehnlichen Bestande ab. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde wiedergewählt. An Beiträgen sollen wie in den Vorjahren 2 RM. je Mitglied — jedoch nur in 2 Raten — erstmalig bis zum 1. 3. 1930 eingezogen werden. Den Beitrags-erhebern und dem Kassierer (letzterer zugleich Schriftführer) wurde für die Zukunft eine Entschädigung, für ihre bisher unentgeltlich ausgeübte Tätigkeit bewilligt. Nachdem noch einige Neuaufnahmen erfolgten und weniger wichtige Punkte beraten wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schalksmühle
—!! Das Apollo-Theater Schalksmühle bietet seinen Besuchern auch am kommenden Samstag und Sonntag wieder ein gutes Programm. Der vielgelesene Roman von Ferdinand von Wadell „Die Tochter des Kunstreiters“ ist unter erheblichen Kosten verfilmt worden. Jeder Besucher, der diesen Roman gelesen hat, wird voll befriedigt. Genau so spannend, wie die einzelnen Abschnitte im Roman, werden die Handlungen von Anfang bis zu Ende im Film wieder gegeben. Dazu gelangt noch die große Wildwest-Komödie „Buffalo-Bill jr.“ zur Auf-führung, zudem die bekannte Lustspielanlage.

Kierspe-Bhf.
—b Wie erinnerlich sein dürfte, wurde im vergangenen Jahre in der Nähe von Grüne auf der Provinzialstraße zwischen Volme und Bollwerk der Sohn des Hammer-schmiedes L. von einem Kraftwagen angefahren und derart verletzt, daß der Tod die Folge war. Dieser Unglücks-fall war später Gegenstand von Gerichtsverhandlungen mit dem Ergebnis, daß der angeschuldigte Kraftwagen-führer freigesprochen wurde. Dieses Urteil verursachte in der hiesigen Bevölkerung Aufsehen. Da nun angeblich mehrere Zeugen nicht zu den Verhandlungen geladen waren, hat man gegen das Urteil Revision eingelegt und weitere Zeugen geladen. Im Laufe der nächsten Tage wird nun an Ort und Stelle ein Lokaltermin stattfinden und eine weitere Verhandlung folgen.

Verklungene Wege führt Bert Rothberg in ihrem Roman: „Liebe, die zu spät gekommen.“ — Kommer-zienrat Romberg hat eine Jugendliebe begangen. Zeit und Umstände trennten ihn von seiner Liebe. Später heiratete er. — Seiner Ehe entsproß eine Tochter. Diese — Lori Romberg — wird Direktor Kerkows Frau. Trotdem umwirbt sie der Maler Aussenberg. Lori ist tugendhaft und unnahbar. Aussenberg aber ist ein Schuft. Er sucht sich zu rächen. Zu diesem Zwecke bedient er sich der illegitimen Schwester Loris als Mittel. Lori wird... — Aber nein! Warum denn erzählen? Lesen! Der Roman enthält Konflikte von seltener Tragik und Spannung. Er wird unsere Leser fiebern lassen und sie bestimmt festhalten bis zur letzten Zeile.

Weinertshagen, 22. Jan. Verkehrsverbesserung in Aussicht. Die Kraftverkehrs-gesellschaft „Sauerland“ plant eine wesentliche Verkehrsverbesserung für die an der Straße Weinertshagen-Neuemühle-Lüdenscheld liegenden Ortschaften dergefallt, das eine Linie von Lüdenscheld über Neuemühle, Beretalsperre, Drögenpütt, Lengelscheid, Wiebelsaat, Neuenbrücke nach Weinertshagen eingerichtet werden soll. Dreimal täglich sollen die Wagen nach jeder Richtung verkehren. Mit Beginn des Sommerfahrplanes, also im Mai, dürfte mit der Eröffnung dieser Strecke zu rechnen sein, was von großer Bedeutung für die vorgenannten Ortschaften sein wird.

—:: Brügge, 23. Jan. Am 14. d. Mts. fand die Jahresversammlung der hiesigen Frauenhilfe statt. Dieselbe war gut besucht. Aus dem Jahresbericht, der von der Vorsitzenden erstattet wurde, ergab sich, daß unsere Frauenhilfe im vergangenen Jahre 42 neue Mitglieder gewonnen hat, während sie durch Tod 2 verlor. Die Mitgliederzahl beträgt demnach augenblicklich 333. Die Hauptarbeit der Frauenhilfe bei uns besteht in der Weihnachtsbescherung. Bei derselben konnten in diesem Jahre 75 Familien bedacht werden, gegen 55 im Vorjahre. Außer der Arbeit der Einzelmitglieder, welche sich zahlreich an der Anfertigung der Weihnachtskleidungsstücke mit beteiligt haben, hatten die Weihnachtsgaben einen direkten Geldwert von 1375,90 Mark. Die Gesamteinnahmen des Vereins betrugen 2586,87 Mark, denen an Ausgaben 1794,98 Mark gegenüber standen, jedoch ein Bestand von 791,89 Mark vorhanden ist. Davon ist ein Teil für erholungsbedürftige Mitglieder bestimmt. Wer in eines der Erholungsheime der Frauenhilfe möchte, sei es auf eigene Kosten, sei es mit Unterstützung der Frauenhilfe, muß sich früh genug bei dem Vorstände melden. Das Kirchenkonzert am Buß- und Bettag brachte nach Abzug der Unkosten einen Reingewinn von 144,15 Mark. Durch Kaffeegeldüberchuß, Kollekte am Kreistage, Extragaben usw. kamen im ganzen 208,15 Mark ein.

nb. Lüdenscheld, 23. Jan. Von der Wiege bis zur Bahre. In Lüdenscheld betrug im Jahre 1929 die Zahl der lebend geborenen Kinder 622 gegenüber 599 des Vorjahres. 34 Kinder hieron wurden unehelich geboren. Da jedoch 1929 insgesamt 152 Kinder (111 i. Bj.) geboren wurden, so verbleiben für Lüdenscheld nur 470 Kinder. In den letzten drei Vorkriegsjahren betrug die Zahl der lebend geborenen Kinder durchschnittlich 672. Diese Kinder waren fast ausschließlich von Lüdenschelder Müttern geboren. Gegenüber 1928 mit 348 Eheschließungen stieg die Zahl der Eheschließungen 1929 auf 371. Es starben insgesamt 419 Personen gegenüber 386 im Jahre 1928.

nb. Hagen, 21. Jan. Mit der Straßenbahn zusammengepfoten. In der Altenhagenstraße wurde ein Straßenbahnwagen von einem aus der steilen Kirchstraße kommenden Lastkraftwagen angefahren und beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden. Auch der Lastkraftwagen trug Beschädigungen davon.

Arnsberg, 22. Jan. Millionenauftrag an Dortmunder Firmen. Ein großer Auftrag von etwa 10 Millionen Reichsmark wurde in diesen Tagen den Dortmunder Firmen Karl Hanebeck, Held u. Franke A.-G. übertragen. Es handelt sich um die Herstellung eines Erd-dammes mit Betonkern als Abperrbauwerk für die 380 Millionen Kubikmeter Wasser fassende Sorpetalsperre. Dieser Erdstamm hat eine Kronenlänge von etwa 700 Meter und Höhe von etwa 70 Meter und ist das größte Bauwerk dieser Art in Europa.

Köln, 22. Jan. Der Ford-Abschluß mit Rön. Die Verhandlungen mit der Ford Motors Co. und der Stadt Köln über die Errichtung einer Fordfabrik in Köln haben nunmehr ihren Abschluß gefunden. Wenn in den letzten Wochen Gerüchte im Umlauf waren, daß der Bau einer Fordfabrik in Frage gestellt sei, so hat das daran gelegen, daß Ford sich nicht entschließen konnte, ein von der Stadt Köln angebotenes in der Nähe der Vereinigten Glasstoff-Fabrik in Köln-Merheim gelegenes Grund-stück zu kaufen. Die Stadt hat nun ein anderes Gelände am Rieker Hafen von 170 000 Quadratmeter an, und dieses Angebot ist nunmehr von der Firma Ford akzeptiert worden. Das Grundstück wird bar bezahlt. Außerdem hat die Firma Ford sich durch Erwerbung eines nach drei Jahren erlöschenden Vorkaufsrechtes ein weiteres Ge-lände von 300 000 Quadratmeter gesichert.

Aus dem Gerichtssaal.
nb. Altena, 23. Jan. Müssen Krankenkassenbeiträge der Angestellten auch dann abge-führt werden, wenn das Gehalt nicht voll ausgezahlt wird? Der Kaufmann W. hatte in Altena ein Speditions-geschäft, das ein Opfer der Verschlech-terung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde. Erhebliche Außenstände waren nicht beizutreiben und im Oktober konnte das Gehalt für die beiden noch in der Firma tätigen Angestellten nicht mehr voll ausgezahlt werden. Es wur-den mitunter Ratenzahlungen geleistet, die aber nicht die volle Höhe des Gehaltes ausmachten. Die Krankenkassen-beiträge wurden ebenfalls nicht abgeführt. Am 26. Januar v. J. mußte die Firma endgültig schließen und einem der beiden Angestellten sogar noch das Gehalt in Höhe von 150 Mark schuldig bleiben. Die von der Krankenkasse ge-stellten Ansprüche für Beitragszahlungen sind nicht er-füllt worden. Wegen Vergehens gegen § 533 der Reichs-versicherungsordnung hatte sich W. gestern vor dem Ha-gener Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß auch bei Auszahlung des Ge-haltes in Raten immer stillschweigend die Krankenkassen-beiträge abgehalten würden. Im allgemeinen müsse das Gericht in solchen Fällen mit strengen Strafen vorgehen, weil die Angestellten bei Nichtzahlung der Beiträge keine Versicherungsansprüche machen könnten. In diesem Falle seien jedoch viele Widerungsgründe zu berücksichtigen, weshalb auf eine Geldbuße von 20 RM. — in Raten zahlbar — erkannt wurde.

nb. Wengern, 23. Jan. Der Schlag mit der Eisenstange. In einer hiesigen Wirtschaft benahm sich am 30. November v. J. ein betrunkenen Gast recht unruhig und wurde schließlich vom Wirt an die frische Luft befördert. Als der Wirt einige Zeit später einen anderen Gast zur Türe begleitete, erhielt er plötzlich einen wuch-tigen Schlag mit einer Eisenstange über den Kopf und brach bewußtlos zusammen. Ein Gast, nahm sofort die Ver-folgung des Schlägers auf, der niemand anders als der hinausgeworfene Gast war. Er erhielt an Ort und Stelle eine ganz gehörige Tracht Prügel. Gestern stand der Mann vor den Schranken des Hagener Schöffengerichtes. Der bisher noch nicht vorbestrafte Angeklagte bereute seine Tat aufrichtig. Weil keine schwerwiegenden Folgen ent-standen waren, konnte das Gericht Milde walten lassen und erkannte auf 60 Mark Geldstrafe.

nb. Schwerte, 23. Jan. Das Lockbügelen. In einer Zeitung des Landkreises Herforn erschien eines Tages das Inserat einer Schwerter Möbelhandlung, in welchem u. a. ein komplettes Schlafzimmer für 320 RM. — bei Kassapreis sogar noch 40 Prozent Rabatt — ange-boten wurde. Gleichzeitig teilte die Firma in dem Inserat mit, daß mehrere hundert dieser Zimmer eingekauft seien. Das Inserat verfehlte seine Wirkung nicht, es stellten sich viele Käufer ein, aber siehe da, es zeigte sich, daß nur zwei dieser billigen Schlafzimmereinrichtungen vorhanden waren. Das Inserat hatte aber auch noch eine andere für die Firma nicht sehr erfreuliche Wirkung. Der Schutz-verband für Handel und Gewerbe schickte einen Vertreter in das Möbelhaus und hier geriet man über diesen Besuch in peinliche Verlegenheit. Weil die beiden billigen Zimmereinrichtungen längst verkauft waren, zeigte man dem Vertreter irgendein anderes Zimmer als das für 320 Mark offerierte. Als der Vertreter das Zimmer aber sofort gegen bar abzüglich der 40 Proz. Rabatt kaufen wollte, wußte der Verkäufer keinen Ausweg mehr aus seiner einmal gegebenen Ausrede und meinte treuherzig, daß er auf dieses Zimmer keinen Rabatt gewähren könne. Es war nun offenbar, daß die Möbelfirma das billige Zimmer nur als „Lockbügelen“ mit in das Inserat auf-genommen hatte und der Schutzverband für Handel und Gewerbe leitete gegen den Inhaber des Geschäftes ein Strafverfahren wegen unlauteren Wettbewerbes ein, daß gestern vor dem Hagener Schöffengericht zur Verhandlung stand. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldbuße von 500 Mark, deren Höhe er damit begründete, daß der redliche Gewerbetreibende durch derartige Machenschaften sehr geschädigt werde. Das Gericht beurteilte die Sache milder und erkannte auf eine Geldbuße von 100 Mark und Veröffentlichung des Urteils.

nb. Hohenlimburg, 23. Jan. Steinhäger mit Wasserzusatz. Einen nicht geringen Schrecken bekam der Inhaber einer hiesigen Wirtschaft, als eines Tages bei ihm der Sachverständige des chemischen Untersuchungs-amtes in Lüdenscheld erschien und bei Untersuchung des Steinhägers feststellte, daß er nur 24,58 Proz. Alkohol enthielt, während die Aufschrift der Flasche einen Alkohol-gehalt von 40 Proz. anzeigte. Selbst nach dem Monopol-geiz muß der Mindestgehalt 38 Proz. betragen. Der gute Steinhäger war ganz gehörig „getauft“ worden. Gestern hatte sich der Wirtschaftsführer vor dem Hagener Schöff-en-gericht zu verantworten und wurde zu einer Geldbuße von 50 Mark verurteilt.

Schlusssdienst.
Vermischte Nachrichten vom 22. Januar.
Biligung der Haager Abmachungen durch das Kabinett
Berlin. Nach längerer Beratung des Reichskabinetts konnte Mittwoch abend Reichskanzler Müller die völlige über-einstimmung der Reichsregierung mit der Verhandlungs-führung der deutschen Delegation im Haag und die Zu-stimmung zu den dort getroffenen Abmachungen ausprechen. Die entsprechenden Gesetzesvorlagen werden dem Reichs-rat alsbald zugeleitet, so daß dieser seine Beratungen Anfang der nächsten Woche aufnehmen kann.

Der Haftbefehl gegen Frau Neumann aufgehoben.
Breslau. Der Oberstaatsanwalt hat die Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Neumann wegen Haftunfähigkeit beantragt.

Zusammenschluß ostpreussischer Landwirtschaftsgenossenschaften.
Königsberg. Auf einer in Königsberg abgehaltenen Tagung des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften für Ostpreußen und des Verbandes der ostpreussischen Raiffeisengenossenschaften wurde mit großer Einstimmigkeit die Fusion der beiden Verbände zu einem Einheitsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften für Ostpreußen beschlossen.

Mordtat aus Eifersucht.
Wiesbaden. Ein aus Oberhausen stammender Bergmann erschlug seine Ehefrau auf offener Straße. Die Frau starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Der Täter wurde auf der Flucht von Passanten angehalten und der Polizei übergeben. Der Beweggrund zur Tat soll Eifersucht sein.

Bubonenpest im Oranienfreistaat.
Kapstadt. Im Oranienfreistaat sind in der Gegend von Heilbron 33 Personen unter Pestverdacht erkrankt. Man vermutet, daß es sich um Bubonenpest handelt. Etwa die Hälfte der Fälle nahm einen tödlichen Verlauf. Die Opfer sind sämtlich Eingeborene. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt.

Zehn Kinder vom Zuge getötet.
Cleveland (Ohio). In der Nähe des Städtchens Berca wurde an einem Bahnübergang ein mit Schulkindern besetzter Automobilomnibus von einem Personenzug der Newyork-Zentralbahn erfasst. Zehn Kinder und der Autoführer wurden auf der Stelle getötet.

Zwei Tote beim Flugzeugabsturz.
Nach einer Meldung aus London ist ein englisches Bombenflugzeug im Nebel bei Sudbury abgestürzt. Die beiden Insassen wurden getötet.

Grubenunglück im Saargebiet.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte.
Auf der Grube „Maybach“ im Saargebiet wurden mehrere Bergleute verschüttet. Trotzdem die Bergungsarbeiten sofort aufgenommen wurden, konnte der Schlepfer Waggon nur als Leiche geborgen werden, während zwei seiner Arbeitskammeraden mit schweren Verletzungen davontamen.

Schweres Explosionsunglück in Schweden.

Zwei Tote, drei Verletzte.
In der Maschinenfabrik Atlas-Diesel in Siedla in Schweden ereignete sich durch Explosion eines Motors ein schweres Unglück. Zwei Personen wurden getötet und drei schwer verletzt. Ein Wertmeister wurde durch den Luftdruck 15 Meter in die Luft geschleudert und fiel auf einen Arbeiter, wobei beide schwere Verletzungen davontrugen. Im Fabrikgebäude wurde großer Schaden angerichtet.

Explosion in einer Lyoner Fabrik.

In einer chemischen Fabrik in Lyon ereignete sich eine Explosion, bei der drei Arbeiter ums Leben kamen.

Verurteilung eines Spions.

Der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau verurteilte den polnischen Kaufmann Hans Kurlewski aus Königsbütte auf Grund des § 3 des Spionagegesetzes unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft zu zwei Jahren Gefängnis. Verhandlung und Urteilsbegründung waren nicht-öffentlich.

Sechs Opfer einer Gasvergiftung.

Bei Kanalarbeitsarbeiten in Hull (England) zogen sich sechs Arbeiter schwere Gasvergiftungen zu. Drei der Erkrankten sind gestorben, während sich zwei noch in Lebensgefahr befinden.

Flüchtlingstragödie in Südtirol.

Ein Mädchen im Schneesturm erfroren.
Wie aus Innsbruck berichtet wird, kam im Schnaffertal ein völlig erschöpfter Mann zu einem Bauern und erzählte, daß er in den Bergen ein Mädchen zurückgelassen habe, da es nicht mehr weiter konnte. Die Bauern machten sich auf die Suche und fanden das Mädchen tot auf. Es war erfroren. Das Unglück ereignete sich gerade noch auf italienischem Gebiet. Die Grenzpolizei verhaftete den Mann, den Münchener Bildhauer Brusa, der zuletzt in Bozen wohnte. Das Mädchen ist eine Rosa Zamboni aus Branzol. Beide wollten über die Grenze nach Österreich flüchten und wurden von einem Schneesturm überrascht. Brusa wurde in Haft genommen, ist aber vor einigen Tagen nicht transportfähig.

Chinesisches Räuberstückchen.

Aberfall auf einen Zug.

Eine Bande von 200 chinesischen Räubern griff einen Zug vor Macao-Yunnan-Eisenbahn in China, den sie vorher zur Entgleisung gebracht hatten, an. Sie wurden aber von den militärischen Zugbegleitern in die Flucht geschlagen. Bei der sich entwickelnden Schießerei wurden mehrere Soldaten verletzt und ein Fahrgast getötet. Dieselbe Räuberbande hatte in der vorigen Woche einen Güterzug beraubt.

Neue blutige Unruhen in Mexiko.

Bisher dreißig Tote.

Aus der Stadt Mexiko wird gemeldet, daß es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Landbevölkerung und Arbeitern gekommen ist. In den letzten drei Tagen sind im ganzen 30 Personen getötet worden.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank

Wolzenburg, den 22. Januar 1930.

Familie Fritz Baukloh.

Bekanntmachung.

Im Kreise Altena wirkende und sich über den ganzen Kreis erstreckende freie Vereinigungen, die sich ganz oder vorwiegend mit der Förderung der Jugendwohlfahrt befassen oder der Jugendbewegung dienen, werden hierdurch aufgefordert, ihr Vorschlagsrecht gemäß § 4 Ziffer 2 Nr. 2 des Preuß. Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Abänderung des Preuß. Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 25. 7. 1929 (Ges. S. 161) und § 4 der Satzung für das Kreisjugendamt sowie des 1. Antrages zum Kreisjugendamts-satzung auszuüben.

Erwünscht ist ein gemeinsamer Vorschlag der Vereinigungen.

Für den für den Kreis Altena neu zu bildenden Jugendamtsausschuß kommt die Ernennung von 6 Mitgliedern der oben genannten Vereinigungen in Frage. Die Vereinigungen haben mindestens die doppelte Anzahl der auf sie entfallenden Vertreter vorzuschlagen. Die Vorgesetzten müssen die Wählbarkeit für Ehrenämter des Kreises bescheinigen.

Die Vorschläge sind bis zum 23. Februar d. Jhrs. dem Kreisjugendamt hier einzureichen. Vereinigungen, die ihr Vorschlagsrecht nicht oder nicht rechtzeitig ausüben, verlieren ihr Vorschlagsrecht.

Der Vorsitzende:

Graubner, Landrat.

Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft Gust. Mesenhöller in Schalksmühle ist heute 10½ Uhr der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Rausch in Lüdenscheid. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 6. Februar 1930. Anmeldefrist bis zum 11. Februar 1930. Erste Gläubigerversammlung am 17. Februar 1930, 10 Uhr, Zimmer 70, hier selbst. Prüfungstermin am 28. Februar 1930, 10½ Uhr, daselbst. Bis zur Beschlußfassung der ersten Gläubigerversammlung wird ein Gläubigerausschuß bestellt, bestehend aus folgenden Mitgliedern: 1. Direktor Lücke von der Firma Heintz, Aug. Schulte u. G. Dortmund, 2. Wilhelm Becker von der Firma Becker, Cramer & Römer, Hohenlimburg, 3. Bankdirektor Morsbach von der Firma Marx & Co., Köln, 4. Kaufmann Weinborn von der Firma Kohlenhandels-gesellschaft Wark in Hagen, 5. Dr. Scholl von der Firma Gerhard Scholl & Co., Düsseldorf.

Lüdenscheid, den 17. Januar 1930.

Das Amtsgericht.

Wahlen zur Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer.

In Durchführung der unter dem 6. Januar 1930 = VI (IIa) 13 - vom Herrn Preussischen Minister für Handel und Gewerbe erlassenen Wahlordnung zur Regelung der Wahlen zur Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer, der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 9. Januar 1930 = I. H. G. a. Nr. 55 - und des § 11 des Handelskammergesetzes wird folgendes bekanntgemacht:

1.) Zur Vorbereitung der Wahlen liegen die Listen der Wahlberechtigten vom 27. Januar 1930 bis 3. Februar 1930 zur Einsichtnahme wie folgt auf:

a) für den Wahlbezirk Hagen, umfassend den Stadtkreis Hagen, in der Geschäftsstelle der bisherigen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, Bahnhofstraße 18, während der Geschäftsstunden;

b) für den Wahlbezirk Ennepe-Ruhr-Kreis, umfassend den Ennepe-Ruhr-Kreis mit Ausnahme der Stadtgemeinde Hattingen und der Aemter Blankenstein, Herbede und Hattingen zu Witz, im Rathaus zu Schwelm, Zimmer 20, von 9-12 Uhr und 15-18 Uhr;

c) für den Wahlbezirk Iserlohn, umfassend den Stadt- und Landkreis Iserlohn mit Ausnahme der Stadt Schwerte und Gemeinden Westhofen, Garenfeld, Geishecke, Holzgen, Lichtendorf, Billigt und Wandhofen in der Geschäftsstelle der bisherigen Industrie- und Handelskammer zu Iserlohn, Dhl 1, während der Geschäftsstunden;

d) für den Wahlbezirk Lüdenscheid, umfassend den Stadtkreis Lüdenscheid und die Aemter Halver, Herscheid, Kierspe, Lüdenscheid und Meinerzhagen in der Geschäftsstelle der bisherigen Industrie- u. Handelskammer zu Lüdenscheid, Sauerfelderstraße 23, während der Geschäftsstunden;

e) für den Wahlbezirk Altena, umfassend die Städte Altena und Plettenberg und die Aemter Nachrodt, Neuenrade, Plettenberg und Werbold, in der Geschäftsstelle der bisherigen Industrie- und Handelskammer zu Altena, Bismarckstraße 5, während der Geschäftsstunden.

2.) Beschwerden gegen die festgestellten Wählerlisten sind bis zum 10. Februar 1930 an den unterzeichneten Geschäftsführer der bisherigen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, Bahnhofstr. 18, zu richten.

3.) Nach § 6 des Handelskammergesetzes darf derjenige, der nach den Bestimmungen der §§ 3-5 des Handelskammergesetzes in demselben Wahlbezirk mehrfach stimmberechtigt ist, gleichwohl nur eine Wahlstimme abgeben und hat sich, wenn er gleichzeitig in mehreren Wahlkreisen des Kammerbezirks

stimmerechtigt ist, vor Ablauf der obigen Frist zu erklären, in welchem Wahlkreise er seine Stimme ausüben will.

4. Als Wahlkommissare zur Durchführung der Wahlhandlung in den einzelnen Bezirken sind bestellt die Herren:

Dr. phil. u. Dr. ing. h. c. Wilh. Elbers, Hagen, Buschhoffstr. 12, für den Wahlbezirk Hagen;

Ernst Springorum, Schwelm, Wilhelmstr. 20, für den Wahlbezirk Ennepe-Ruhr-Kreis;

Otto Sattinger, Iserlohn, Hagenerstr. 57, für den Wahlbezirk Iserlohn;

Fritz Dicke, Lüdenscheid, Knapperstr. 2a, für den Wahlbezirk Lüdenscheid;

Generaldirektor Theodor Berg, Werbold, Kaiserstr. 27, für den Wahlbezirk Altena.

5. Die Wahlordnung liegt zur Einsichtnahme in den Geschäftsstellen der bisherigen Kammern auf.

Vom Regierungspräsidenten zu Arnsberg bestellter Kommissar:

Dr. Boye.

Hagen, den 22. Januar 1930.

Auf Grund des § 10 der durch Ministerialerlaß vom 6. Januar 1930 angeordneten Satzungen zur Regelung der Wahlen zur Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer fordern die unterzeichneten Wahlkommissare die Wahlberechtigten auf, bis zum 10. Februar 1930 die Wahlvorschläge jeweils an den für sie zuständigen Wahlkommissar einzureichen. Bei der Aufstellung der Wählerlisten ist folgendes zu berücksichtigen:

1. In jedem Wahlbezirk ist für jede Wahlgruppe ein besonderer Wahlvorschlag einzureichen. Er muß mit dem Datum der Aufstellung versehen und von mindestens 10 wahlberechtigten Firmen unterschrieben sein.

2. In § 6 der Wahlordnung ist folgende Bezirke-, Gruppen- und Sitzverteilung vorgeschrieben und bei der Aufstellung der Wahlvorschlagslisten zu beachten:

a. Wahlbezirk Hagen:

Gruppe Industrie 9 Mitglieder
" Großhandel 4
" Einzelhandel 3

In dem Wahlbezirk müssen in der Wahlgruppe Industrie 1 Vertreter der Hütten- und Walzwerken, 2 Vertreter der Klein-eisenindustrie, 1 Vertreter der Textil- und Akkumulatoren-Industrie und 1 Vertreter der Papierindustrie angehören.

b. Wahlbezirk Ennepe-Ruhr-Kreis:

Gruppe Industrie 8 Mitglieder
" Großhandel 1 Mitglied
" Einzelhandel 1

In dem Wahlbezirk Ennepe-Ruhr-Kreis müssen mindestens 1 Vertreter der Textilindustrie, 2 Vertreter der Klein-eisenindustrie und 1 Vertreter der Maschinenbau angehören.

c. Wahlbezirk Iserlohn:

Gruppe Industrie 7 Mitglieder
" Großhandel 2
" Einzelhandel 1 Mitglied

d. Wahlbezirk Lüdenscheid:

Gruppe Industrie 7 Mitglieder

" Großhandel —

" Einzelhandel 1 Mitglied

e. Wahlbezirk Altena:

Gruppe Industrie 5 Mitglieder

" Großhandel —

" Einzelhandel 1 Mitglied.

Die Wahlvorschlagslisten müssen jeweils so viel Namen enthalten, als Mitglieder innerhalb der Wahlgruppen zu wählen sind.

3. Zu Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer sind gemäß § 7 des Handelskammergesetzes wählbar deutsche Staatsangehörige, die mindestens 25 Jahre alt sind und nach §§ 3-5 des Handelskammergesetzes zur Abgabe der Wahlstimme befähigt sind. Gemäß § 9, Abs. 3 der Wahlordnung sind die im Handels- und Genossenschaftsregister eingetragenen Prokuristen zu Mitgliedern wählbar, jedoch darf die Zahl der zu Mitgliedern gewählten Prokuristen ein Viertel der Gesamtmitgliedszahl von 50 Mitgliedern nicht überschreiten (§ 7 des Handelskammergesetzes).

4. Personen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist oder die die Zahlungen eingestellt haben, sind bis zum Zeitpunkt der Beendigung des Konkurses bzw. während der Dauer der Zahlungseinstellung weder wahlberechtigt noch wählbar.

5. Als Wahltermin ist der 25. Februar 1930 in Aussicht genommen. Nach § 10 der Wahlordnung erübrigt sich jedoch ein besonderer Wahltag, wenn in einer Wahlgruppe desselben Wahlbezirks nur eine Vorschlagsliste aufgestellt wird. Ein Wahltermin wird somit in diesem Falle nicht anberaumt.

Der Wahlkommissar

für den Wahlbezirk Hagen:

Dr. Wilh. Elbers.

Der Wahlkommissar

für den Wahlbezirk Ennepe-Ruhr-Kreis:

Ernst Springorum.

Der Wahlkommissar

für den Wahlbezirk Iserlohn:

Otto Sattinger.

Der Wahlkommissar

für den Wahlbezirk Lüdenscheid:

Fritz Dicke.

Der Wahlkommissar

für den Wahlbezirk Altena:

Theodor Berg.

Hagen, den 22. Januar 1930.

1 gebr. gut erhaltenes großes

Schreibpult

mit Schrank

weit überaus preiswert

zu verkaufen.

Anfragen unter R 514

an die Geschäftsstelle des

Allg. Anzeigers Halver.

19 jähr. Mädchen sucht 1. Februar Stelle als

Morgenmädchen

möglichst in Halver.

Näheres zu erfragen in

der Geschäftsstelle d. Allg.

Anzeigers Halver.

Heimarbeits

schriftl. Vitals-Verl.

München C 4.

Zwangsversteigerung.

Freitag, d. 24. Jan. 1930

12 Uhr, sollen im

Hotel J. Post in Halver

1 Büfett,

1 Sofa,

2 Tische,

1 Ofen,

1 Glaschrank,

11 Stühle u. a.

Öffentlich, meistbietend

gegen Barzahlung ver-

steigert werden.

Lüdenscheid, d. 23. Jan. 1930.

Buchmann,

Gerihtsvollzieher kr. A.

Spielkarten

mit runden Ecken,

von 70 Pfg. an

Wilh. Bell jr. Halver i. W.

Steuerberatungs- und Revisionsbüro

Fritz Varney

vorm.

Dr. rer. pol. K. Deutgen,

Lüdenscheid,

Sauerfelderstraße Nr. 8a.

Beratung u. Vertretung in Steuersachen.

Aufstellung und Prüfung von Bilanzen

und Abgabe der Steuererklärungen

Einrichtung von Geschäfts- u. Betriebs-

buchhaltungen, Selbstkostenrech-

nungen etc.

Fernsprecher Lüdenscheid 3487

DRUCKSACHEN

jeglicher Art für

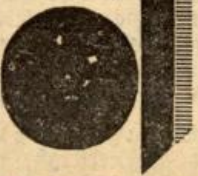
Handel

Gewerbe

Industrie

in zeitgemäßer Auf-

machung liefert die



Buchdruckerei Wilh. Bell jr.,

Halver, Telefon 442.

Spezial-Haus für Betten

Wäsche und Aussteuer

Steppdecken, Matratzen

Reform-Unterbetten

Metallbettstellen

Kinderbetten, Bettfedern

Halbdaunen und Daunen

Dampf-Bettfedern

Reinigungs-Anlage

Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.